

„Der sozialistische Frühling auf dem Lande“

Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der zweisprachigen Oberlausitz

von
EDMUND PECH

In den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg nahmen die Agrarwirtschaft und die ländliche Gesellschaft im besetzten Deutschland eine Schlüsselstellung in der sozioökonomischen und politischen Entwicklung ein. Die Sicherung der Ernährung gewann in einer Zeit, die durch die Erfahrung von Hunger und Mangel tief geprägt war, eine überragende Bedeutung. Aber nicht nur das Überleben der Bevölkerung, sondern auch die gesamtwirtschaftliche Rekonstruktion und der politische Neuaufbau setzten eine Minimalversorgung mit Lebensmitteln voraus.¹

Die Landwirtschaft behielt bis zum Beginn der fünfziger Jahre ihre herausragende Bedeutung. 1950 arbeiteten in der Bundesrepublik immer noch 24,6 und in der DDR 27,9 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft. Unter den Sorben war unmittelbar nach Kriegsende sogar mehr als die Hälfte aller Beschäftigten im landwirtschaftlichen Bereich tätig.²

Die in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1945/46 durchgeführte Bodenreform gehörte zum Kern der Gründungsideologie, welche von der KPD/SED und der sowjetischen Besatzungsmacht gleichermaßen vertreten wurde. Vor allem in den vor 1945 gutsherrschaftlich geprägten ostelbischen Regionen führte die Neuordnung in der Agrarwirtschaft zu einem abrupten, politisch erzwungenen Wandel der Besitzstruktur.³

¹ Vgl. ARND BAUERKÄMPER, Von der Bodenreform zur Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und DDR 1945–1952, in: Sozialgeschichte der DDR, hrsg. von Hartmut Kaelbe/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr, Stuttgart 1994, S. 119.

² Vgl. KLAUS J. SCHILLER/MANFRED THIEMANN, Geschichte der Sorben. Von 1945 bis zur Gegenwart, Bd. 4, Bautzen 1979, S. 17.

³ Ausführlich dazu ANDREAS DIX, „Freies Land“. Siedlungsplanung im ländlichen Raum der SBZ und frühen DDR 1945–1955, Köln/Weimar/Wien 2002; ARND BAUERKÄMPER, Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963, Köln/Weimar/Wien 2002; ULRICH KLUGE (Hg.), Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „sozialistischen Landwirtschaft“ in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, Stuttgart 2001.

In den Kreisen der Lausitz wurden rund 1 000 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Gesamtfläche von nahezu 300 000 Hektar beschlagnahmt. Die Durchschnittsgröße der enteigneten Betriebe lag bei fast 300 Hektar.⁴ Das sequestrierte Land wurde danach an landarme bzw. landlose Bauern und Landarbeiter vergeben. Dadurch nahm die Anzahl kleiner landwirtschaftlicher Betriebe deutlich zu.⁵

Der Beginn der Genossenschaftsbewegung 1952/53

Bis zum Frühjahr 1952 war die SED strikt allen Bestrebungen zur Genossenschaftsbildung entgegengetreten. Noch in den internen Beratungen der 8. ZK-Tagung im Februar 1952 hatte sie den Standpunkt bezogen, keine Kollektivierung zu planen.⁶ Aber schon im Juli 1952 förderte sie mit dem Beschluß der 2. Parteikonferenz über den „Aufbau des Sozialismus“ die Bildung von Produktionsgenossenschaften. Alle Parteien und Massenorganisationen waren angehalten, diese Zielrichtung der SED zu unterstützen. Dies galt auch für die Domowina. Die sorbische nationale Organisation verpflichtete alle ihre Mitglieder und Funktionäre, die sorbische Bevölkerung zu „patriotischen Ergebnissen beim Aufbau des Sozialismus“ zu mobilisieren. „Gerade auch als Domowina haben wir unseren werktätigen Bauern zu helfen, den Weg vorwärts, den Weg zur sozialistischen Wirtschaftsweise zu finden.“⁷

Ab der zweiten Jahreshälfte 1952 verschärfte sich der Kollektivierungskurs der SED. 43 000 Bauern wurden Mitglied einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG), rund drei Viertel davon waren Neubauern. Aufgrund ihrer Wirtschaftsschwäche sahen sie in der Genossenschaft die Rettung ihrer bäuerlichen Existenz. Allerdings wurden durch politische und ökonomische Repressalien auch viele Altbauern in die LPGs gezwungen.⁸

Die Situation in der ländlichen Oberlausitz war, wie in der übrigen DDR, angespannt. Dies bestätigen die Archivadokumente zu den Kreisen Bautzen und Kamenz. Alle SED-Institutionen hatten den Auftrag, die Genossenschaften in jeder Beziehung zu unterstützen. Auch die Domowina mußte sich in dieser Frage

⁴ Vgl. KLAUS J. SCHILLER, Die Sorben in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945–1949, Bautzen 1976, S. 52.

⁵ Insgesamt läßt sich die soziale Dorfstruktur der SBZ und der frühen DDR in folgende Gruppen untergliedern: Neubauern, Vertriebene, Landarbeiter sowie die sogenannten Altbauern, welche wiederum nach der Größe ihres landwirtschaftlichen Betriebs in Klein-, Mittel- und Großbauern unterteilt wurden.

⁶ Zit. nach SIEGFRIED KUNTSCHKE, Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft, Klartext 3/3, Beiträge zur Geschichte der DDR, Berlin 1993, S. 198.

⁷ JAN ŠOLTA, Referat auf der 4. Tagung des Bundesvorstandes der Domowina, 11. 12. 1952.

⁸ Vgl. DIETER SCHULZ, Ruhe im Dorf? Die Agrarpolitik von 1952/53 und ihre Folgen, in: Brüche/Krisen/Wendepunkte, Neubefragung von DDR-Geschichte, hrsg. von Jochen Černý, Leipzig 1990, S. 106 f.

an der Seite der SED positionieren. Das führte jedoch zu zahlreichen Konflikten zwischen Bauern und regionalen sowie überregionalen Partei- und Staatsorganen. In den Dörfern des östlichen Kamenzer Kreisgebiets mit nur bescheidener, überwiegend bodenständiger Industrie stellten die Großbauern eine einflußreiche Bevölkerungsgruppe dar. Im Frühjahr 1953 traten zahlreiche Großbauern, aber auch einige Funktionäre der Domowina öffentlich gegen die Bildung von LPGs auf. Gruppenversammlungen der Domowina, die dieses Thema behandelten, wurden demonstrativ nicht besucht. In Crostwitz, Kreis Kamenz, kam es aus Protest vorübergehend zur Auflösung der Domowina-Ortsgruppe. Einige Bauern verließen ihre Höfe und die DDR, andere behinderten die Bildung von Genossenschaften. Der Domowina-Vorsitzende Kurt Krjeńc attackierte in mehreren öffentlichen Auftritten scharf die sorbischen Großbauern. Diese forderten ihn daraufhin in anonymen Briefen zum Rücktritt auf. Für die SED-Kreisleitung Kamenz, die Staatsorgane und die Domowina war das sorbische Gebiet des Kreises Kamenz ein Brennpunkt der ideologischen Auseinandersetzung. Dies zeigte sich in Krisenzeiten wie um den 17. Juni 1953. Die Sicherheitsorgane wurden in besondere Alarmbereitschaft versetzt, da „vor allem die Kulaken des Kreises Kamenz offen ihre provokative Einstellung zeigen“⁹. Aus den Orten der Region ergingen an die Sicherheitsorgane detaillierte Berichte: „In Ralbitz sowie anderen Gemeinden haben unter den Großbauern in den vergangenen Tagen reine Freudenfeste und Saufgelage stattgefunden. Im Allgemeinen werden nach dem Bekanntwerden der Beschlüsse Stimmen laut, daß einzelne Mitglieder aus der LPG austreten wollen, da sie diese Maßnahmen als falsch erkannt haben. Die reaktionären Elemente in den Dörfern streuen verstärkt falsche Gerüchte, um somit die wankelmütigen Mitglieder in den LPGs aufzuhetzen.“¹⁰ Auch die Domowina bekam die ablehnende Haltung der Bauern im Kreis Kamenz zu spüren. Die Zahl der Domowina-Mitglieder sowie der Abonnenten der sorbischen Zeitung „Nowa Doba“ sank deutlich. Anfang 1953 wurden im Kreisgebiet 2150 Mitglieder der Domowina registriert, im Juli desselben Jahres nur noch 1792. Die Leserschaft der sorbischen Tageszeitung verringerte sich im selben Zeitraum von 800 auf 613.

Im Kreis Bautzen herrschte bei LPG-Gründungen offenbar weniger Widerstand, wie ein Informationsbericht vermuten läßt: „Die Entwicklung auf dem Lande ist im Kreis Bautzen am erfolgreichsten vom gesamten zweisprachigen Gebiet. Hier wurden die ersten und meisten LPGs in den zweisprachigen Gemeinden unter starker Beteiligung der sorbischen Bauern gegründet.“¹¹ Als

⁹ Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (im folgenden: SächsHStA Dresden), IV/2/7/034, Bd. 1, Situationsbericht der SED-Kreisleitung Kamenz, 15. 6. 1953.

¹⁰ Vgl. ebd., Situationsbericht der SED-Kreisleitung Kamenz, 15. 6. 1953.

¹¹ Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (im folgenden: SAPMO-BArch), DY 30/IV 2/13/380, Einschätzung der Arbeit der Partei und des Staatsapparates unter der sorbischen Bevölkerung durch die SED-Bezirksleitung Dresden, 24. 1. 1955.

Mustergemeinde bei der sozialistischen Umgestaltung betrachteten die verantwortlichen Instrukteure die Gemeinde Kreckwitz. 1952 wurde dort mit fünf Bauern die erste Genossenschaft der zweisprachigen Oberlausitz gegründet. Doch tatsächlich nahmen die Spannungen auch im Kreis Bautzen zu. Im Juni 1953 stagnierte die Entwicklung, und viele Bauern traten aus der LPG aus. Der „verschärfte Klassenkampf“ äußerte sich, so ein Bericht der SED-Kreisleitung, in „versteckten, aber auch zunehmend öffentlichen Tätlichkeiten und Provokationen“. Es handelte sich dabei u. a. um Übergriffe auf Staatsfunktionäre und LPG-Vorsitzende. Im Sommer 1953 äußerte in Baruth, Kreis Bautzen, ein Schuhmacher gegenüber einem Polizei-Angehörigen: „Wir schlagen euch in Rackel und Baruth genauso zusammen wie den dicken Polizisten in Rodewitz, den haben wir halbtot geschlagen. Der nächste 17. Juni findet auf dem Lande statt. Wir zeigen euch noch einmal ein Niesky und ein Görlitz, kommt runter in die Heide, ihr Angsthasen.“¹² Im Kreis Bautzen bemühten sich oppositionelle Bauern, die ländliche Bevölkerung im Widerstand gegen die Staatsmacht zu organisieren. Auf Handzetteln und Wandanschlägen wurde folgende Parole ausgegeben: „Antikommunisten, Wenden und Deutsche, Katholiken und Protestanten, Frauen und Männer, alt und jung gehen Hand in Hand.“¹³ In internen Berichten der SED und der Sicherheitsorgane wurde immer wieder darauf verwiesen, daß der Bezirk Dresden zu den Zentren des Widerstands gegen die Staatsgewalt zählte: „Besonders stark zeigt sich der Einfluß des Feindes auf dem Land, wo die feindliche Argumentation der Forderung auf freie Wirtschaft und starke Auflösungsstendenzen der LPGs auftreten. Allein in 34 LPGs im Bezirk treten diese Auflösungsstendenzen auf.“¹⁴

In Krisenzeiten wie um den 17. Juni 1953 berichtete die Presse der Bundesrepublik ausführlich über die DDR, manchmal auch über die Lausitz und die Sorben. Dabei wurde die Situation überzeichnet, wie folgender Bericht über den 17. Juni 1953 in der Lausitz: „Die kommunistische Volkspolizei steht in Stärke von mehreren Tausend Mann im Spreewald, um die schwer bewaffneten Partisanen zu bekämpfen. Diese Meldungen gewannen an Wahrscheinlichkeit durch die Tatsache, daß im Zusammenhang mit dem 17. Juni besonders im Gebiet der Kreisstadt Niesky schwere bewaffnete Auseinandersetzungen stattgefunden hatten. [...] Der 17. Juni sah nach Augenzeugenberichten die Sorben überall Schulter an Schulter mit den Deutschen.“¹⁵ Die Lage auf dem Lande war angespannt und von

¹² Vgl. ebd., J IV 2/202/63, Deutsche Volkspolizei, Bericht über die Lage auf dem Lande, 20. 12. 1953.

¹³ SächsHStA Dresden, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 2187, o. Bl.

¹⁴ SAPMO-BArch, IV 2/5/565, Bericht über den Brigadeinsatz, 16. 10. 1953, entnommen aus ARMIN MITTER, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern.“ Die Bauern und der Sozialismus, in: Der Tag X. 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, hrsg. von Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wolle, Berlin 1995, S. 125.

¹⁵ „Sorbische Rhapsodie“, in: Deutsche Studentenzeitung, April/Mai 1954.

erheblichen Unruhen geprägt. Doch erreichten die Proteste nicht die in der Presse beschriebene Dimension. In einigen wenigen Orten belagerten Demonstranten die Gemeindeämter und wurden gegen Bürgermeister und Vertreter der öffentlichen Behörden handgreiflich. In den meisten Dörfern der Oberlausitz äußerte sich der Widerstand weniger spektakulär, aber der Wunsch nach Veränderung der politischen Situation oder gar Beseitigung der SED-Herrschaft war oft zu vernehmen.¹⁶

*Das Ende der Genossenschaftsbewegung? –
Der „Neue Kurs“ und die Landwirtschaftspolitik 1953–1957*

Bereits am 6. Februar 1953 hatte Walter Ulbricht hochrangigen sowjetischen Vertretern in Karlshorst über ernsthafte innenpolitische Probleme der DDR berichtet. Er schilderte die extremen Belastungen, die sich für sein Land durch die beschleunigte sozialistische Industrialisierung und die Kollektivierung der Landwirtschaft bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der hohen Reparationsforderungen ergaben. Damals wurde eine Reise führender SED-Leute nach Moskau ins Auge gefaßt, kam aber aufgrund Stalins Tod im März 1953 nicht mehr zustande. Erst Anfang Juni begaben sich Ulbricht, Grotewohl und Oelßner nach Moskau, um sich mit den dortigen Regierungsrepräsentanten über notwendige Schritte zur Beruhigung der Bevölkerung in Ostdeutschland abzustimmen. Auf dieser Grundlage beschloß das Politbüro der SED am 9. Juni 1953 den „Neuen Kurs“. Es wurden Korrekturen in Industrie und Landwirtschaft sowie eine spürbare Senkung der Arbeitsnormen angekündigt. Doch die Lage spitzte sich weiter zu. Am 15. Juni begannen in Berlin unter den Bauarbeitern erste Proteste. Von hier griffen die Aktionen auf viele Regionen der DDR über.

Zu den Unruhezentren der Oberlausitz gehörten Städte und Industriegemeinden wie Görlitz, Niesky, Bernsdorf und Lauta. Dort hatten am 17. Juni Demonstranten die SED-Kreisleitungen, Polizeistationen bzw. einige Gebäude von Justiz und Staatssicherheit besetzt. In einigen Orten formierten sich Bürger-Komitees, um provisorisch die Macht zu übernehmen. Doch in den Abendstunden des 17. Juni stellten die herbeigerufenen Truppen der Sowjetarmee und der Kasernierten Volkspolizei die Staatsmacht wieder her. Allerdings dauerten trotz des Ausnahmezustands Streiks und Demonstrationen in vielen Betrieben noch bis zum 19. Juni an.¹⁷ Die regionale Presse versuchte jedoch, den Eindruck zu vermitteln, daß es in der Oberlausitz ruhig geblieben sei. Es wurden zahlreiche Meinungen von Arbeitern, Angestellten, Handwerkern und Genossenschaftsbauern abgedruckt, die die Maßnahmen der Regierung begrüßten. Außerdem wurde von den Zeitungen der

¹⁶ Ausführlicher dazu EDMUND PECH, *Die Sorbenpolitik der DDR 1949–1970. Anspruch und Wirklichkeit*, Bautzen 1999, S. 206–209.

¹⁷ Ausführlich zum Volksaufstand in Sachsen und in der Oberlausitz HEIDI ROTH, *Der 17. Juni 1953 in Sachsen*, Köln 1999.

Slogan von der „Ruhe auf dem Dorf“ geprägt. Doch dies war eine offizielle Propagandameinung und entsprach nicht der Realität. Die Staatssicherheit registrierte in den Landgemeinden, so auch im zweisprachigen Gebiet, „eine beunruhigende Stimmungsmache gegen die Regierung der DDR“¹⁸. Für die Dorfbevölkerung war die Erklärung der Partei- und Staatsführung vom 9. Juni 1953, daß bei der Bildung von LPGs Fehler begangen worden waren, ein Hoffnungsschimmer, da die Staatsgewalt die Grenzen ihrer Macht einräumen mußte. In der gesamten Oberlausitz sollen illegale Versammlungen stattgefunden haben, auf denen unter anderem freie und geheime Wahlen gefordert wurden. Sicherheitskräfte berichteten von Feierlichkeiten, auf denen die Bauern „den ersten Schritt zum Sturz der Regierung“ feierten. Nicht selten, so in einem weiteren Rapport, zechte das ganze Dorf, wobei die Beteiligten bereits auf das „Wohl von Adenauer“ angestoßen haben sollen.¹⁹ Nach Verkündigung des „Neuen Kurses“ nahm die Regierung Ende Juni 1953 die einschränkenden Regelungen zurück und bot den vom Bewirtschaftungsentzug betroffenen Bauern die Rückkehr auf ihre Höfe an. In der gesamten DDR, so auch im zweisprachigen Gebiet, ging die Anzahl der LPG-Gründungen deutlich zurück.

Für einige Jahre konnten die Bauern ohne größeren propagandistischen Druck und innerhalb der staatlich vorgegebenen Wachstumsgrenzen relativ frei von zusätzlichen wirtschaftlichen Einengungen leben und arbeiten. Die meisten von ihnen führten stabile Wirtschaften und erreichten ausreichende Erträge. Ein gänzlich unbefriedigendes Bild boten hingegen die LPGs. Sie hatten schon bis dahin die hochgesteckten Erwartungen nicht annähernd erfüllen können, und 1956 verschärften sich die Probleme weiter. Kaum ein Bauer war noch bereit, in eine Genossenschaft einzutreten. Einige Mitglieder des ZKs der SED sprachen sich Ende 1956 sogar für eine Verlangsamung der Kollektivierung sowie für die Auflösung unrentabler LPGs aus.²⁰ Andererseits wurde auch in dieser Zeit der Aufbau des Sozialismus in der DDR vorangetrieben und die SED-Führung hegte trotz interner Diskussionen letztlich keinen Zweifel an der „sozialistischen Perspektive der Landwirtschaft“.

Die Domowina mußte sich wie alle anderen Organisationen weiterhin für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft einsetzen. Jede neu gegründete LPG hatte einen Patenbetrieb bzw. eine Pateninstitution, die mit der LPG einen Freundschaftsvertrag abschloß. Die sorbischen Institutionen betreuten vorrangig Genossenschaften aus dem Kreis Bautzen. Diese Bemühungen der Domowina

¹⁸ Zit. nach MITTER, „Am 17. 6. 1953 haben die Arbeiter gestreikt, jetzt aber streiken wir Bauern.“ (wie Anm. 14), S. 125.

¹⁹ Vgl. ebd.

²⁰ Näheres dazu bei DIETER SCHULZ, „Kapitalistische Länder überflügeln“. Die DDR-Bauern in der SED-Politik des ökonomischen Wettbewerbs mit der Bundesrepublik von 1956 bis 1961, in: Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte, hefte zur ddr-geschichte 16, Berlin 1994, S. 8–15.

stießen bei den meisten sorbischen Bauern auf Ablehnung. In einigen Ortsgruppen wurde offen der Rücktritt des Domowina-Vorsitzenden und des gesamten Bundesvorstands verlangt, „da sie rote Kommunisten und Marxisten sind“²¹. Die Ortsgruppen im katholischen Gebiet, vor allem im Kreis Kamenz, bemühten sich um eine eigenständige kulturelle Tätigkeit. Daher beschuldigte das Domowina-Sekretariat die Gruppen Crostwitz, Zerna, Räckelwitz und Piskowitz der „Vereinsmeierei“. Außerdem, so hieß es im Bericht weiter, mache sich der Einfluß der Kirche immer wieder bemerkbar, „welche die Boykottstellung der Bevölkerung gegen die Domowina und deren Presse-Organ ‚Nowa Doba‘ unterstützt“²². Als die hartnäckigsten Gegner der Kollektivierung der Landwirtschaft traten nach Meinung aller SED-Kreisleitungen der Oberlausitz evangelische wie katholische Pfarrer auf, die in ihren Predigten die Kollektivierung immer wieder als ein großes Unrecht, als „Bauernfangen“ charakterisierten.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft rief unter den Sorben außerdem die Frage hervor, wie die Anwendung der sorbischen Sprache in den LPGs garantiert werden könne. Viele Bauern befürchteten, daß in deutsch-sorbischen Arbeitsbrigaden die sorbische Sprache als Kommunikationsmittel zurückgedrängt werden würde. Deshalb waren sie bestrebt, LPGs nur mit sorbischen Mitgliedern zu gründen. Auch die Domowina setzte sich für die Erhaltung der sorbischen Sprache in den LPGs ein. Sie forderte, daß im Rundfunk und in der regionalen Presse sowie in den Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) die sorbische Sprache stärker angewendet werden solle.

In den fünfziger Jahren gab es vielfältige Ansätze, die sorbische Sprache in die Öffentlichkeit, etwa in die regionalen Printmedien, zu bringen. In der DDR wurden Mitte der fünfziger Jahre die sogenannten Betriebszeitungen bzw. auf dem Lande die MTS-Zeitungen herausgegeben. Im Kreis Bautzen erschienen fünf solcher Zeitungen, so in Malschwitz (Zeitungstitel: „Neues Leben“), Prischwitz („Freies Land“), Luttowitz („Das neue Dorf“), Nostitz („MTS-Impuls“) und Obergurig („Dorfspiegel“). Entsprechend dem prozentualen Anteil der sorbischen Bevölkerung wurden auch Artikel in sorbischer Sprache publiziert.²³

Die Durchsetzung der Kollektivierung der Landwirtschaft 1958–1960

Im Vorfeld der Kommunalwahlen vom 23. Juni 1957 verstärkte die SED ihre Agitation auf dem Lande, und die politischen Zwangsmittel gegenüber den Bauern

²¹ SAPMO-BArch, IV 2/13/382, Auszug aus einem Informationsbericht der Domowina für das ZK der SED vom 7. 12. 1957.

²² Sorbisches Kulturarchiv Bautzen (im folgenden: SKA), D III 369–0, Bericht des Domowina-Kreissekretariats Kamenz, o. D. [1957].

²³ Vgl. ANDREAS KIRSCHKE, Printmedien im Kreis Bautzen von 1945 bis 1965. Allgemeine Bestandsaufnahme, Analyse und Interpretation mit besonderer Beachtung der Gleichberechtigung der Sorben, Diplomarbeit [Ms.], Leipzig 1997, S. 122–128.

nahmen zu. Die „Landsontage“, erstmals Ende 1953 zur Stabilisierung der LPGs als Agitationsveranstaltungen durchgeführt, lebten wieder auf.²⁴

Zu einer Bestätigung und Forcierung des sozialistischen Kurses kam es auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958. Es wurde die Vollendung der sozialistischen Revolution auf dem Dorf beschlossen. Der Bundesvorstand der Domowina hatte bereits auf seiner 5. Tagung am 20. Mai 1958 die Kollektivierung der Landwirtschaft zur Hauptaufgabe erhoben.

Obwohl die Kollektivierung der Landwirtschaft im Mittelpunkt der parteipolitischen Aktivitäten stand, war der Erfolg im zweisprachigen Gebiet bis in den Herbst 1959 hinein unbefriedigend. Dies wurde in den Berichten der SED-Kreisleitungen Bautzen und Kamenz immer wieder hervorgehoben. So konstatierten die Genossen in Bautzen: „Kritisch müssen wir einschätzen, daß wir in der sozialistischen Umgestaltung noch nicht eine breite Bewegung unter Einbeziehung aller demokratischer Kräfte erreicht haben. [...] Die Arbeit der Brigaden ist sehr unterschiedlich und es ist nicht gelungen, alle Kräfte zu mobilisieren.“²⁵ Um dem abzuhelfen, führte die SED-Kreisleitung Bautzen im Herbst 1959 erneut „Landsontage“ durch, wobei Organisationen, Industriebetriebe und andere Institutionen einbezogen wurden. Die Domowina erhöhte ihre Anstrengungen und stellte an ihre Ortsgruppen die Forderung, sich aktiv für die Kollektivierung der Landwirtschaft im Heimatort einzusetzen. Das führte zu heftigen Gegenreaktionen: „In diesen Ortsgruppen vertreten große Teile der Mitglieder die Meinung, daß der Erfüllungsstand in der landwirtschaftlichen Marktproduktion die Domowina nichts angehe. Dies wäre Sache des Staatsapparates allein. In den sich ergebenden Auseinandersetzungen legte der Vorsitzende der Domowina-Ortsgruppe in Quoos seine Funktion nieder. [...] In den Ortsgruppen der Domowina in Rackel, Radibor und Buchwalde wurde der hartnäckige Widerstand, eine LPG zu gründen, trotz des Einsatzes von Kreisfunktionären der Domowina noch nicht überwunden.“²⁶ Viele Domowina-Mitglieder forderten, die Tätigkeit der Organisation auf die Kultur zu beschränken.

Während der Kollektivierung der Landwirtschaft zeigte sich im zweisprachigen Gebiet der starke Einfluß der Kirchen. Sorbische Pfarrer griffen in ihren Predigten die Kollektivierung auf und betonten deren Unvereinbarkeit zum kirchlichen Glauben und zu christlichen Moralvorstellungen. Darin erkannten die SED-Kreisleitungen einen erheblichen Unsicherheitsfaktor für den Erfolg ihrer Kampagne: „In der sorbischen Gegend unseres Bezirks, vor allem im Kreis Kamenz und Bautzen, hat der katholische Klerus starken Anteil daran, daß eine größere Anzahl Bauern noch nicht Mitglieder der LPG sind. Dort, wo der Eintritt vollzogen

²⁴ Vgl. SCHULZ, „Kapitalistische Länder überflügeln“ (wie Anm. 20), S. 7 f.

²⁵ SächsHStA Dresden, Rat des Bezirkes Dresden, Sign. 4011, Informationsbericht der Kreisleitung Bautzen an die Bezirksleitung Dresden, o. D. [Oktober 1959].

²⁶ Vgl. SAPMO-BArch, IV/2/13/384, Einschätzung der Arbeit des Domowina-Kreisvorstandes Bautzen, 29. 10. 1959.

wurde, hetzt die Kirche in der Form, daß die sozialistische Umgestaltung nichts mit Humanismus zu tun hätte.“²⁷ Zahlreiche Forderungen der Bauern, wie die Festschreibung der Einhaltung katholischer Feiertage und kirchlicher Kulthandlungen in den LPG-Statuten, hatten ihren Ursprung in der religiösen Bindung der Landwirte. In einigen sorbischen katholischen Orten forderten die Bauern den Zusatz, daß bei einem LPG-Eintritt ihre Kinder nicht an der Jugendweihe teilnehmen müßten und die Kruzifixe nicht aus den Schulen entfernt werden dürften. Darüber hinaus kam es vor, daß einige Genossenschaften für sozialistische Verhältnisse unübliche Namen trugen. So setzten Bauern in Radibor, Kreis Bautzen, für ihre LPG die Bezeichnung „Gott schütze uns“ und im Ortsteil Brohna „Gott mit uns“ durch.²⁸ Den staatlichen Vertretern in diesem Gebiet brachten die hauptamtlichen SED-Kader nur wenig Vertrauen entgegen: „Die Bürgermeister in den von uns aufgesuchten Gemeinden, als Organe des Staates auf kleiner Ebene, sind alle, bis auf eine Ausnahme, Angehörige der katholischen Kirche und besuchen regelmäßig den Gottesdienst, unter ihnen Mitglieder der Partei der Arbeiterklasse.“²⁹

Die entscheidende Phase der LPG-Werbung erfolgte Anfang 1960. Die SED sah nun die Zeit gekommen, die Kollektivierung endgültig durchzusetzen. Mit Unterstützung der in der „Nationalen Front“ zusammengeschlossenen Parteien und Organisationen entsandte die SED ab Februar 1960 unzählige Agitatoren in die Dörfer, um die Bauern zum Eintritt in die LPG zu bewegen. In jedem Landkreis der DDR waren, je nach Schwerpunkt und Größe, mehrere zehntausend Agitatoren unterwegs. Am 31. Mai 1960 gehörten schließlich 945 000 Menschen und 85 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche zum genossenschaftlichen Sektor der Landwirtschaft, und die SED konnte den erfolgreichen Abschluß des „sozialistischen Frühlings“ feiern.³⁰

Auch Mitarbeiter sorbischer Institutionen und der Domowina waren in die Agitatorenbrigaden der Kreise Bautzen und Kamenz integriert. Das führte dazu, daß vielerorts gegen die Organisation Stimmung gemacht wurde. Einige Bauern behaupteten, daß sie durch die Einbindung in die LPG keine Zeit mehr für eine Tätigkeit in der Domowina hätten: „Entweder wir machen Domowina-Arbeit oder wir arbeiten in der LPG.“³¹ Andere äußerten ihren Unmut und ihre Enttäu-

²⁷ SächsHStA Dresden, IV/2/7/065, Material für das Referat der Bezirksparteiaktivtagung am 16. 7. 1960, o. D.

²⁸ Allerdings gelang es den staatlichen Behörden schon nach wenigen Monaten, diese Bezeichnungen zu ändern. Vgl. dazu SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13/385, Analyse der Fachgruppe Inneres über die Situation im zweisprachigen Gebiet, 7. 12. 1960.

²⁹ SächsHStA Dresden, IV/A. 4.08.131, Bericht der HA Sorbenfragen über die Überprüfung einiger zweisprachiger Gemeinden des Kreises Kamenz, o. D. [Juli 1959].

³⁰ Näheres dazu bei SCHULZ, „Kapitalistische Länder überflügeln“ (wie Anm. 20), S. 35 f.

³¹ SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13/385, Analyse der Fachgruppe Inneres über die Situation im zweisprachigen Gebiet, 7. 12. 1960.

schung deutlicher: „In der LPG arbeiten wir mit, aber nicht mehr in der Domo-wina, denn sie ist uns in den Rücken gefallen.“³²

Im Frühjahr 1960 wurde in den Dörfern „eine Zunahme krimineller Delikte“ registriert. Doch kam es nur selten zu direkten Widerstandsaktionen gegen die Staatsgewalt. Meist protestierten die Bauern damit, daß sie anonyme Beschwerden verfaßten oder Transparente, die für die LPGs werben sollten, beschädigten.³³ Die Sicherheitskräfte des Innenministeriums sahen jedoch vor allem in kirchlichen Kreisen der evangelischen und katholischen Sorben einen Unsicherheitsfaktor und ließen deshalb detaillierte Berichte über deren Aktivitäten anfertigen. So wurde u. a. ein mehrseitiger Report über den Sorbischen Evangelischen Kirchentag am 23. Juni 1960 in Milkel, Kreis Bautzen, angefertigt. Das Interesse der Gläubigen an dem Ereignis war ungewöhnlich groß. Über 500 evangelische Sorben aus allen Regionen der Oberlausitz hatten sich eingefunden. Als ein kompromißloser Gegner der DDR-Landwirtschaftspolitik war, nach Aussagen einer internen Meldung, der sorbische Superintendent Gerhard Wirth in Erscheinung getreten: „Als letzter sprach Superintendent Wirth. Er ging ohne Umschweife sofort auf die ‚Sozialisierung der Landwirtschaft‘ ein, als ein brennendes Problem, das alle anwesenden Christen, da sie ja größtenteils aus der Landwirtschaft kommen, so ungeheuer beschäftigt. Wirth führte ungefähr aus, daß man ihnen alles genommen hat, aber das größte Gut, den Glauben, kann man ihnen nicht nehmen, obwohl sie überall, wo sie treu in ihrem Glauben auftreten, angegriffen und verspottet werden, denn sie leben in einem Staate, der gegen die Kirche ist. Das schlimmste jedoch, was sie erleben mussten, ist die Sozialisierung der Landwirtschaft. [...] Die Kirche war durch ein einziges Schluchzen erschüttert. Er erwähnte auch, daß das sorbische Gotteswort aus den Schriften verdrängt wird.“³⁴ Auch die sorbischen katholischen Priester lehnten die Kollektivierung der Landwirtschaft scharf ab. So soll Kaplan Měrćin Salowski anlässlich einer Wallfahrt nach Rosenthal im Frühjahr 1960 eine „aggressive Predigt“ gegen die Landwirtschaftspolitik der DDR gehalten haben.³⁵

Auch die bundesdeutsche Presse berichtete 1960 häufig über die Ereignisse in den Dörfern der DDR. Dabei wurde hin und wieder auf die Lausitz und die Sorben eingegangen, wie in dem folgenden Aufsatz der „Westfälischen Rundschau“: „Die SED hat keine rechte Freude an der Lausitz. Ihre ersten schüchternen Kollektivierungsversuche dort scheiterten bereits vor fünf Jahren an dem zähen Widerstand der sorbischen Bauern, ihre atheistischen Stoßtrupputernehmen blieben ohne Eindruck auf die sehr religiös eingestellten Sorben. Während

³² Vgl. ebd.

³³ Vgl. PECH, Die Sorbenpolitik der DDR (wie Anm. 16), S. 219.

³⁴ Staatsarchiv Bautzen, Sorbenfragen 0841, Bericht der Hauptabteilung Sorbenfragen über den sorbischen evangelischen Kirchentag in Milkel, Bautzen, den 23. Juni 1960.

³⁵ Vgl. dazu RUDOLF KILANK, Die Sorbische Priesterkonferenz im 20. Jahrhundert. Eine Dokumentation, Bautzen 2002, S. 20.

des Juni-Aufstandes 1953 kam es auch in der Lausitz zu besonders heftigen Zusammenstößen mit Ulbrichts Miliz. [...] Das bekam sie erneut zu spüren, als sie jetzt ihre Agitatoren in die Dörfer der Lausitz schickte, wo es bei der Zwangskollektivierung zu Zwischenfällen kam wie sonst nirgendwo in Mitteldeutschland. Doch all dieser Widerstand hat nichts genutzt, denn auch für die Bezirke Dresden und Cottbus liegt eine Erfolgsmeldung vor.“³⁶

In einer dreimonatigen Kampagne war es der SED gelungen, die Überführung der privaten Landwirtschaft in LPGs abzuschließen. Die Bauern traten 1960 keineswegs von den Vorteilen überzeugt den Genossenschaften bei, sondern wurden dazu trotz mehr oder weniger starker Bedenken gezwungen. Das bedeutete jedoch nicht automatisch die generelle Anwendung von Einschüchterungsmaßnahmen, Gewalt oder Terror. Es muß in Rechnung gestellt werden, daß die Interessenlage der Bauern sehr unterschiedlich war. In den LPGs gab es außerdem eine Reihe realer Vorzüge. Die meisten der neu eingetretenen LPG-Mitglieder erhielten erstmals Anspruch auf Urlaub, bezahlte Sonn- und Feiertage, Kinder- und Krankengeld.³⁷ Auf dieser Grundlage konnten einige Bauern auch ohne unmittelbare Drohungen dazu gebracht werden, in eine Produktionsgenossenschaft einzutreten.³⁸

Gegenüber hartnäckig widerstehenden Bauern kam es allerdings vielerorts auch zu Zwangsmaßnahmen. Dazu zählten Festnahmen, Enteignungen, nächtliche Vorladungen zu Gesprächen, zwangsweise Eingliederung von Feldern in genossenschaftliche Flächen und wirtschaftliche Beschränkungen. Alles in allem handelte es sich bei der Kollektivierung um eine sorgfältig gesteuerte, administrative Überführung der Bauern und Landarbeiter in die LPGs.³⁹

Die ländliche Gesellschaft der Oberlausitz in den sechziger Jahren

Der Verzicht auf eine wirkliche Überzeugung der Bauern und auf ihre freie Entscheidung zum Eintritt in die LPGs erwies sich zunächst als schwere Hypothek. Es kam aufgrund betriebswirtschaftlicher Schwierigkeiten sowie der bewußten Untätigkeit vieler Genossenschaftsbauern zu starken Produktionseinbußen. Bereits bei den Auseinandersetzungen um die LPG 1960 ließ sich absehen, daß es zu Versorgungsschwierigkeiten kommen mußte. Das Ausmaß war allerdings auch für die zuständigen Instanzen überraschend. Spätestens ab März 1961 zeigten sich

³⁶ „SED hat keine Freude an den Sorben. In der Lausitz ist der Widerstand gegen Ulbrichts Maßnahmen am stärksten“, in: Westfälische Rundschau vom 4. 4. 1960.

³⁷ Besonders auf diese sozialen Vorzüge der LPG, die den Bauern tatsächlich Erleichterungen brachten, wurde in der historischen Forschung der DDR gern verwiesen.

³⁸ Vgl. SCHULZ, „Kapitalistische Länder überflügeln“ (wie Anm. 20), S. 38.

³⁹ Vgl. ebd., S. 38 f.; vgl. auch THOMAS LINDENBERGER, Der ABV als Landwirt. Zur Mitwirkung der Deutschen Volkspolizei bei der Kollektivierung der Landwirtschaft, in: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, hrsg. von Thomas Lindenberger, Köln 1999, S. 167–203.

in allen Bezirken der DDR größere Lücken bei der Versorgung mit Lebensmitteln.⁴⁰ Erst ab 1964 festigte sich die ökonomische Lage der meisten LPGs, und es wurde zunehmend genossenschaftlich gearbeitet. Die Bauern begannen, sich mit ihrer LPG zu identifizieren. Vor allem durch den Einsatz von Technik gelang eine ökonomische Stärkung der Genossenschaften.⁴¹

Die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft hatte jedoch im zweisprachigen Gebiet langfristig negative Auswirkungen auf die Anwendung der sorbischen Sprache unter den Dorfbewohnern. In den einzelbäuerlichen Wirtschaften, in denen zumeist Familienangehörige mitarbeiteten, war die Arbeitssprache mit der Familiensprache identisch, weitestgehend sorbisch. Nach der Kollektivierung änderte sich allmählich die Umgangssprache am Arbeitsplatz.⁴² Eine Ausnahme bildete die katholische Region im Kreis Kamenz. Dort sprach man auch in den Arbeitskollektiven der LPG oder in den Vorstandssitzungen sorbisch.⁴³ Schon in den sechziger Jahren wurde in einer wissenschaftlichen Untersuchung in Radibor, Kreis Bautzen, zur Änderung der Umgangssprache festgestellt: „Im bäuerlichen Familienbetrieb hatte die sorbische Sprache noch ihre Funktion als das notwendige Verständigungsmittel in der Produktion. Nach der Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft besitzt sie diese Funktion nur in beschränktem Umfang noch in der Genossenschaft des Typs I, in dem die Viehhaltung noch individuell ist. In den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften des Typs II und III kann die sorbische Sprache nicht mehr allgemein notwendiges Verständigungsmittel in diesem Wirtschaftssektor sein, da die sorbischen Mitglieder der LPGs wohl zweisprachig, aber die deutschen einsprachig sind. Somit kann die sorbische Sprache nur noch im engsten Familienkreis ihre Funktion als Kommunikationsmittel ausüben.“⁴⁴ In den Anfangsjahren der LPG unterhielten sich die sorbischen Bauern noch in vielen zweisprachigen Gemeinden der Lausitz in ihrer Muttersprache. Doch später, insbesondere nach den Zusammenschlüssen der LPGs in Kooperative Abteilungen, dominierte in immer stärkerem Maße die deutsche Sprache. Dies bestätigten viele Bauern in ihren Erinnerungen: „Das ist seit der LPG-Zeit, um 1970 rum, wo praktisch die LPG zur Kooperation zusammengeschlossen wurde. Da wurde es immer häufiger, weil man ja auch mit Deutschen mehr gearbeitet hat.

⁴⁰ Vgl. ARMIN MITTER/STEFAN WOLLE, *Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte*, München 1993, S. 343 f.

⁴¹ Vgl. ELISABETH ELLE/LUDWIG ELLE, *Die Entwicklung der genossenschaftlichen Landwirtschaft der deutsch-sorbischen Lausitz von 1961 bis zur Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung ausgewählter Aspekte ihrer Auswirkung auf Kultur und Lebensweise der Sorben*, Dissertation A [Ms.], Bautzen 1983, S. 82–84.

⁴² Vgl. INES KELLER, *Sorbische und deutsch-sorbische Familien. Drei Generationen im Vergleich*, Bautzen 2000, S. 64.

⁴³ Vgl. EDMUND PECH, *Eine Vorzeigeminderheit? Die Sorben in der DDR*, in: *Zwischen Zwang und Beistand. Deutsche Politik gegenüber den Sorben vom Wiener Kongress bis zur Gegenwart*, hrsg. von Edmund Pech/Dietrich Scholze, Bautzen 2003, S. 126 f.

⁴⁴ PAUL NOWOTNY, unveröffentlichter Abschlußbericht, Bautzen 1964, S. 25 f.

Am Anfang war es so, daß die Sorben auf der LPG auch sorbisch gesprochen haben. Und dadurch, daß drei LPGs zu einer Kooperation zusammengeschlossen wurden [...] dadurch ist man viel mehr mit Deutschen zusammengekommen und dadurch hat sich das in der Brigade immer mehr verdeutscht.“⁴⁵

Fazit

Verlauf und Ergebnisse der Kollektivierung in den zweisprachigen Oberlausitzer Dörfern verweisen trotz regionaler Besonderheiten auf die Typik dieses Entwicklungsabschnitts im ländlichen Raum der DDR. Die Genossenschaftsbildung in der zweisprachigen Oberlausitz lief 1952 sehr zögernd an und brachte trotz des Kollektivierungsdrucks zunächst nur geringe Erfolge. Die Einzelbauern setzten den Werbern zum Teil hartnäckigen Widerstand entgegen. Erst im Frühjahr 1960 war es der SED in einer einzigartigen Kampagne gelungen, die Überführung der privaten Landwirtschaft in LPGs abzuschließen.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft schuf Rahmenbedingungen, die auf die soziale und demographische Entwicklung der Sorben erheblichen Einfluß ausübten. In vielen Orten vollzog sich ein allmählicher Sprachwechsel vom Sorbischen zum Deutschen, bzw. das Sorbische wurde in private Nischen verdrängt. Sorbisch als Umgangssprache konnte sich bis zur Gegenwart fast nur in der katholisch geprägten Region erhalten.

Die fördernde Minderheitenpolitik glich den negativen Einfluß der wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Veränderungen auf das Sorbische nur zum Teil aus. Die Kollektivierung der Landwirtschaft führte wie die Industrialisierung in den Braunkohlenrevieren der Lausitz zum Rückgang der sorbischen Sprache und zur Einengung des sorbischen Siedlungsgebiets.

⁴⁵ Zit. nach KELLER, Sorbische und deutsch-sorbische Familien (wie Anm. 42), S. 65.